

# Gliederung

A. Problemstellung	11
§ 1 Neuere Entwicklungen im Hörfunk	11
I. Hörfunk als Begleitmedium: Vom Vollprogramm zum Formatradio	12
1. Zum Bedeutungsverlust des öffentlich-rechtlichen Hörfunkvollprogramms	12
2. Merkmale des Formatradios	14
3. Typen des Formatradios (Überblick)	16
a) Adult Contemporary (AC)	17
b) Middle of the Road (MOR)	17
c) Contemporary Hit Radio (CHR)	18
d) Album Oriented Rock (AOR)	18
4. Realisierung und Umsetzung des Konzepts	18
II. Fragmentierung und Segmentierung der Zuhörerschaft	20
§ 2 Ursachen dieser Entwicklung	21
I. Ausdifferenzierung der Musikstile	22
II. Wachsende sozio-kulturelle Heterogenität	24
III. Von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft	27
IV. Zusammenfassung	28
§ 3 Reaktion des öffentlich-rechtlichen Hörfunks auf diese Entwicklung	29
I. Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramme	30
II. Aufgliederung der regionalen Hörfunkketten	31
1. Integrierte Hörfunkvollprogramme	31
2. Tagesbegleitprogramme	32
3. Kulturprogramme	32
4. Sparten- und Zielgruppenprogramme	33
III. Der NDR als exemplarisches Beispiel	33
1. NDR 1 Welle Nord, NDR Hamburg-Welle 90, 3, NDR 1 Radio Niedersachsen, NDR 1 Radio MV	34
2. NDR 2	34
3. Radio 3	35
4. NDR 4 Info	36
5. N-Joy-Radio	36

§ 4	Kritik an der Programmstrategie der ARD-Anstalten	37
	I. Unvereinbarkeit mit dem Programm- und Grundversorgungsauftrag	38
	II. Unvereinbarkeit mit dem Integrationsauftrag	39
	III. Konvergenz der Programmangebote	40
	IV. Existenzbedrohung der privaten Veranstalter	41
B.	Zur Vereinbarkeit von Sparten- und Zielgruppenprogrammen mit dem öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrag	42
§ 5	Funktionsauftrag und Grundversorgung	42
	I. Rundfunkfreiheit als Funktionsgrundrecht	43
	1. Rundfunkfreiheit und Freiheit der Meinungsbildung	43
	2. Rundfunkfreiheit und Programmautonomie	47
	II. Der Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen Rundfunksystem	48
	1. Zur Genese und Stellung des Begriffs der Grundversorgung	49
	2. Kein Verstoß gegen den Grundversorgungsauftrag	52
	3. Der Begriff des Funktionsauftrags in der Rechtsprechung	55
	a) Programmautonomie	57
	b) Gesetzgeberische Ausgestaltung	58
	III. Funktionsauftrag und Bestands- und Entwicklungsgarantie	60
§ 6	Zum programmlichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum der ARD-Anstalten	62
	I. Der Funktionsauftrag als flexible Erwartung	62
	1. Funktionsauftrag, Programmauftrag und Programmautonomie	62
	2. Inhalt und Umfang der Programmautonomie	63
	II. Kein Verstoß gegen den Programmauftrag	64
	III. Kein Verstoß gegen den »Integrationsauftrag«	66
§ 7	Probleme und Grenzen bei der Veranstaltung von Sparten- und Zielgruppenprogrammen	68
	I. Keine umfassende Konvergenz der Programminhalte	69
	II. Vom klassischen Programmauftrag zur Herstellung von Übergängen	71
	1. Zur Rekonstruktion der Integrationsfunktion	71
	2. Konkretisierung des Konzepts	73

C.	Finanzierung von Sparten- und Zielgruppenprogrammen	77
§ 8	Vereinbarkeit mit dem nationalen Rundfunkrecht	77
	I. Problemstellung	77
	II. Einführung von Sparten- und Zielgruppenprogrammen bei gleichbleibendem Gebührenaufkommen	77
	III. Einführung von Sparten- und Zielgruppenprogrammen unter Ausweitung des Gebührenaufkommens	79
	1. Das Gebot funktionsgerechter Finanzierung	79
	2. Umfang der Finanzierungsgarantie	80
	3. Berücksichtigungschancen im Gebührenfestsetzungsverfahren	82
§ 9	Vereinbarkeit mit dem EG-Beihilferecht	84
	I. Einstufung der Rundfunkgebühr als Beihilfe?	85
	1. Kriterium der Begünstigungswirkung	85
	2. Berücksichtigung angemessener Gegenleistungen	85
	a) Kriterium der Überkompensation	85
	b) Keine Anwendung des Kriteriums bei öffentlichen Verpflichtungen?	86
	aa) Auseinandersetzung mit ablehnenden Stimmen im Schrifttum	86
	bb) Entscheidungspraxis des Gerichtshofs und der Kommission	88
	3. Rundfunkgebühr als angemessene Gegenleistung zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben?	92
	a) In qualitativer Hinsicht	92
	b) In quantitativer Hinsicht	94
	II. Veränderungen der Rechtslage durch den Amsterdamer Vertrag?	97
	1. Aufnahme eines Protokolls über die Rundfunkfinanzierung	97
	2. Rechtliche Bedeutung des Amsterdamer Protokolls	98
	a) Bereichsausnahme oder Auslegungsrichtlinie?	98
	b) Bindungswirkung der Auslegungsgrundsätze	99
	3. Inhalt der Auslegungsgrundsätze	101
	III. Zwischenergebnis	103
D.	Frequenzzuweisung	104
§ 10	Berücksichtigung von Sparten- und Zielgruppenprogrammen bei der Frequenzvergabe	104
	I. Problemstellung	104

II.	Systematik der Regelungen zur Frequenzzuteilung	105
III.	Berücksichtigung des öffentlich-rechtlichen Hörfunks bei der Frequenzzuteilung	107
	1. Außerachtlassung des Grundversorgungskriteriums	108
	2. Kein expliziter Vorrang des Grundversorgungskriteriums	109
	3. Expliziter Vorrang des Grundversorgungskriteriums	111
	4. Zusammenfassung	112
E.	Vereinbarkeit mit dem Wirtschaftsrecht	113
§ 11	Vereinbarkeit mit der Wettbewerbsfreiheit der privaten Konkurrenz	113
I.	Problemstellung	113
II.	Rechtlicher Schutz der Wettbewerbsstellung	114
	1. Der Wettbewerb um den Zuhörer	114
	2. Der Wettbewerb um die Werbewirtschaft	115
	a) Anwendbarkeit von Eigentums- und Berufsfreiheit	115
	b) Beeinträchtigung des Schutzbereichs	116
	aa) Eigentumsfreiheit	116
	bb) Berufsfreiheit	117
	cc) Rundfunkfreiheit	118
	dd) Allgemeine Handlungsfreiheit	119
	ee) Ergebnis	119
F.	Zusammenfassung	120
I.	Kein Verstoß gegen den Grundversorgungsauftrag	120
II.	Kein Verstoß gegen den Programmauftrag	122
III.	Keine Unvereinbarkeit mit dem Integrationsauftrag	122
IV.	Keine umfassende Programmkonvergenz	123
V.	Probleme und Grenzen bei Einrichtung von Sparten- und Zielgruppenprogrammen	124
VI.	Keine Unvereinbarkeit mit den Grundsätzen der Rundfunkfinanzierung	125
VII.	Kein Verstoß der Gebührenfinanzierung gegen das EG-Beihilferecht	125
VIII.	Kein Verbot der Frequenzzuweisung	126
IX.	Keine Unvereinbarkeit mit der Wettbewerbsfreiheit	127
	Literatur	128